

„Starkes Europa – Sichere Zukunft“

Programm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zur Europawahl 2009

Inhalt

Seite

Europa für die Bürger	3
1 Für ein Europa mit Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätzen	
1.1 Die Wirtschaftskraft für ein soziales und gerechtes Europa ausbauen	3
1.2 Bürokratie abbauen – Verbraucher stärken	5
1.3 Weichen auf die Wissensgesellschaft stellen	5
1.4 Eine wettbewerbsorientierte und nachhaltige Landwirtschaft fördern	6
1.5 Europäische Verkehrspolitik voranbringen	6
2 Für eine starke Stimme Europas in der Welt	
2.1 Die Soziale Marktwirtschaft global verankern	7
2.2 Mit Europa die internationale Finanzmarktkrise bewältigen	8
2.3 Europäische Klima- und Energiepolitik stärken	9
2.4 Eine gemeinsame Außenpolitik für Europa gestalten	10
3 Für ein Europa mit soliden Finanzen	
3.1 Die Stabilität des Euro wahren	10
3.2 Eine gerechte Finanzierung der EU gewährleisten	11
4 Für ein freies und sicheres Europa	
4.1 Innere Sicherheit gewährleisten	12
4.2 Integration fördern - Zuwanderung steuern	12
4.3 Innere und Äußere Sicherheit verzahnen	13
4.4 Den europäischen Rechtsraum gestalten	13
5 Für ein gefestigtes Europa	
5.1 Die Politische Union gestalten	13
5.2 Eine Konsolidierungsphase im EU-Erweiterungsprozess einleiten	14
5.3 Das Subsidiaritätsprinzip verwirklichen	15
Richtungsentscheidung Europawahl	15

Europa für die Bürger

Die Europäische Union bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern alle Möglichkeiten, ihre Zukunftschancen zu verwirklichen und ihr Leben in Frieden und Freiheit zu führen. Wir sind stolz darauf, dass Christliche Demokraten diese Idee entwickelt und politisch durchgesetzt haben. Wir können frei reisen, unseren Ausbildungs- und Arbeitsplatz grenzüberschreitend wählen, nutzen die Kraft einer gemeinsamen Währung und die Vorteile des Binnenmarktes. Die EU gewährleistet für die Menschen die besten Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum und soziale Sicherheit.

In den letzten 50 Jahren hat sich Europa zu einem Kontinent der Toleranz entwickelt. Die deutsch-französische Freundschaft hat einen großen Beitrag zum guten Gelingen geleistet und ist auch für die Arbeit in Zukunft von besonderer Bedeutung. Es ist ein Europa der Vielfalt geworden, das auf der Grundlage gemeinsamer Werte – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – beruht. Wir wollen ein starkes und ein bürgernahes Europa verwirklichen, das die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland achtet.

Die Soziale Marktwirtschaft als gemeinsames Gesellschafts- und Wirtschaftssystem hat mitgeholfen, schwierige Phasen in Europa zu überstehen und nachhaltige Entwicklungen anzustoßen. Dies gilt auch für die aktuelle Krise der internationalen Finanzmärkte und der Weltwirtschaft. Wir sind überzeugt: Die Europäische Union ist die beste Antwort auf Herausforderungen wie Globalisierung, Sicherung unseres Wohlstands, Migration, Klimawandel, Energiesicherheit und neue Bedrohungen unserer Sicherheit. Nur gemeinsam können die europäischen Staaten die Sicherheit und die Interessen ih-

rer Bürgerinnen und Bürger in dieser globalen Ordnung gewährleisten.

Kein Mitgliedstaat kann diese Herausforderungen allein meistern. Gerade in einer Welt, in der sich neue politische Machtzentren bilden, ist es wichtig, dass Europa mit einer Stimme spricht. Doch nicht jede Frage in Europa ist eine Aufgabe für Europa. Wir treten dafür ein, die Identität der einzelnen Mitgliedstaaten zu respektieren und die Zuständigkeiten nach dem Subsidiaritätsprinzip zu ordnen.

An der Gestaltung Europas haben Christdemokraten maßgeblichen Anteil gehabt. Konrad Adenauer und Helmut Kohl haben entscheidend zur europäischen Einigung beigetragen. Rot-Grün hat Europa gespalten und in die Krise geführt. Die CDU ergriff mit Bundeskanzlerin Angela Merkel an der Spitze die Chance, den Stillstand in Europa nach Jahren der gegenseitigen Blockade zu überwinden. Damit rückt Europa in Zeiten internationaler Krisen und Konflikte zugleich in den Mittelpunkt der weltweiten Aufmerksamkeit. In Zeiten der Globalisierung brauchen wir ein starkes und handlungsfähiges Europa dringender denn je. Unser Europa braucht eine starke Stimme. Diese Stimme ist die Union.

1. Für ein Europa mit Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätzen

1.1 Die Wirtschaftskraft für ein soziales und gerechtes Europa ausbauen

Eine starke Europäische Union ist die beste Voraussetzung für Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit in unserem Land. Für unternehmerische Initiative, für Innovationen in Wissenschaft und Technik, für stabile Finanzmärkte sowie leistungsfähige Bildungssysteme im Europäischen Binnenmarkt

brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen. Diese Rahmenbedingungen gewährleisten die Soziale Marktwirtschaft. Sie ist die effektivste und gerechteste Gesellschafts- und Wirtschaftsform. Wir begrüßen ausdrücklich, dass dieses Modell der Sozialen Marktwirtschaft auch im Vertrag von Lissabon seine Verankerung findet.

Die von Ludwig Erhard entwickelte Soziale Marktwirtschaft bezieht ihre Stärke daraus, dass Freiheit und Verantwortung, Wettbewerb und Solidarität eine Einheit bilden und einander fördern. Sie ist die untrennbare Verbindung von freiheitlicher Wirtschafts- und solidarischer Sozialordnung. Sie schafft Wachstum und Arbeitsplätze, sorgt für sozialen Ausgleich und muss daher das Leitprinzip europäischer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sein. Sie ist auch das Modell für Europa.

Ein nach außen und innen gefestigtes Europa sorgt für den Schutz gemeinsamer sozialer Mindeststandards. Eine vollständige Harmonisierung der Sozialpolitik auf europäischer Ebene lehnen wir ab. Das hohe deutsche Niveau unserer sozialen Sicherungssysteme könnte nicht gesichert werden, sodass einheitliche europäische Sozialstandards den Menschen in Deutschland schaden würden. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt der Europäischen Union stärken, indem wir weiter an einer Balance aus wirtschaftlicher Vernunft, die Arbeitsplätze schafft und sichert, und sozialer Gerechtigkeit auf europäischer Ebene arbeiten.

Der Integrationsprozess muss insbesondere in den Grenzregionen der neuen Bundesländer durch verstärkte Investitionen in die Infrastruktur weiter unterstützt werden. Die Übergangsregelungen im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit schützen unseren

Arbeitsmarkt und sorgen für ein sozialverträgliches Zusammenwachsen in Europa.

Als exportorientierte und größte Volkswirtschaft in Europa profitiert Deutschland in besonderem Maße vom Welthandel, vom Europäischen Binnenmarkt und den bisherigen EU-Erweiterungen. Der Europäische Binnenmarkt mit seinem freien Personen-, Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr, die gemeinsame europäische Währung sowie die faszinierende Idee einer Politischen Union sind die treibenden Kräfte der europäischen Integration.

Damit die Europäische Union international wettbewerbsfähig bleibt und Deutschland den starken europäischen Wirtschaftsraum erfolgreich nutzen kann, müssen die Wachstumskräfte in der EU gestärkt werden. Kreativität, Innovationen und unternehmerischer Gründergeist entstehen nur in einem Klima der Freiheit in Verantwortung, das Eigeninitiative, Leistungswillen sowie nachhaltiges und soziales Engagement belohnt.

Freie Berufe, Handwerker sowie kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) spielen eine zentrale Rolle für die dauerhafte Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Unnötigen Regulierungen für unsere Industrie, die KMU, das Handwerk und die freien Berufe erteilen wir eine klare Absage. Dort aber, wo Regulierungen auf europäischer oder internationaler Ebene für einen geordneten Wettbewerb notwendig sind, werden wir dafür sorgen, dass diese mit dem Prinzip „Vorfahrt für den Mittelstand“ vereinbar sind.

Die Gleichstellung der Geschlechter ist eine Voraussetzung zur Erreichung der EU-Ziele für Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt. Die EU hat im Bereich der

Gleichstellung durch gezielte Fördermaßnahmen deutliche Fortschritte gemacht. Viele Frauen verfügen über die höchsten Bildungsabschlüsse, Frauen sind am Arbeitsmarkt stark vertreten und haben wichtige Positionen im öffentlichen Leben erreicht. Trotzdem bestehen nach wie vor Ungleichheiten. Um die Gleichstellung von Frauen und Männern zu verbessern, setzen wir uns für Lohngleichheit, eine ausgewogene Präsenz von Frauen in Führungspositionen in Politik und Wirtschaft sowie für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein.

1.2. Bürokratie abbauen – Verbraucher stärken

Im Europäischen Binnenmarkt brauchen wir klare und wirksame Regeln, wie z. B. in der Wettbewerbspolitik oder im Verbraucherschutz. Allerdings bleibt es eine ständige Aufgabe, überflüssige Bürokratie zu vermeiden. Wir fordern die Einrichtung eines europäischen Normenkontrollrats und unterstützen die Expertengruppe für den Bürokratieabbau. Wir halten das Ziel, 25 Prozent der Verwaltungslasten abzubauen, für einen ersten erreichbaren Schritt. Insbesondere soll durch umfassende Folgenabschätzung sichergestellt werden, dass bei der EU-Rechtssetzung ihre wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen berücksichtigt werden. Die Umsetzung der europäischen Regeln in allen Mitgliedstaaten muss so gewährleistet werden, dass keine Wettbewerbsverzerrungen stattfinden. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist, dass die europäische Ebene nicht zur Durchsetzung nationaler Regulierungswünsche, die mitunter in den Mitgliedstaaten selbst gescheitert sind, missbraucht wird.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass die Verbraucher die Vorteile Europas und des Europäischen Binnenmarktes voll nutzen können.

Deshalb wollen wir, dass das Verbraucherrecht in der EU vergleichbar wird und vorhandene Lücken geschlossen werden. Insbesondere eine weitere Harmonisierung von technischen Regelungen und Widerrufs-, Gewährleistungs- und Informationspflichten wird den Verbrauchern nützen. Verbraucher müssen sich überall in der EU auf die Sicherheit von Lebensmitteln, Spielzeug und anderen Produkten verlassen und ihre Rechte durchsetzen können. Wir werden zugleich dafür Sorge tragen, dass die EU-Regelungen flexibel bleiben und das bewährte deutsche Verbraucherrecht und Schutzniveau nicht unterlaufen wird.

1.3 Weichen auf die Wissensgesellschaft stellen

Entscheidende Zukunftsträger, wie die Informations- und Kommunikationstechnologien oder die Bio- und Nanotechnologien, wollen wir als wichtige Weichenstellungen für das Europa des 21. Jahrhunderts gezielt fördern. Dabei fordern wir Respekt vor ethischen Grundsätzen. Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft müssen die EU-Mitgliedstaaten ihre Bildungssysteme unter Wahrung ihrer Zuständigkeiten mit dem Ziel ausbauen, den Zugang zur Bildung zu verbessern und eine enge Verzahnung von Theorie und Praxis herbeizuführen. Jedem EU-Bürger soll die Möglichkeit eröffnet werden, neben seiner Muttersprache eine andere europäische Sprache zu erlernen. Durch einen möglichst frühzeitigen Fremdsprachenunterricht und eine verstärkte Förderung von Auslandsaufenthalten kann dieses Ziel Wirklichkeit werden. Deutschland und Europa brauchen darüber hinaus Kompetenzzentren für außereuropäische Kulturen zur Förderung von Weltoffenheit, interkulturellem Verständnis und zur Erschließung neuer Absatzmärkte außerhalb Europas. Es soll

len deshalb auch bereits bestehende EU-Programme ausgebaut werden.

Europa wird nur gemeinsam mit neuen Produkten und innovativen Dienstleistungen gestärkt aus der Krise der Weltwirtschaft hervorgehen. Deshalb wollen wir Europa mit Forschung und Innovation voranbringen und den Wohlstand und die Lebensqualität seiner Bürger sichern. Wir halten fest an dem Ziel, dass drei Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investiert werden.

1.4 Eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Landwirtschaft fördern

Ein moderner Wirtschaftsraum braucht eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Landwirtschaft und starke ländliche Räume. Sie sind die Bedingung für qualitativ hochwertige Lebensmittel und den Erhalt unserer Kulturlandschaft. Dazu gehört ein wirksamer Verbraucher-, Natur- und Tierschutz, der das Vertrauen der Verbraucher in unsere Lebensmittelproduktion sichert.

Wir setzen uns für einheitliche strenge Standards und gleiche Wettbewerbsbedingungen in Europa ein. Die deutschen Landwirte brauchen faire Chancen. Wir setzen uns für eine europäische Landwirtschaftspolitik ein, die verlässliche Rahmenbedingungen für die Betriebe schafft und das europäische Modell einer multifunktionalen Landwirtschaft sichert. Zugleich wollen wir auf internationaler Ebene faire Wettbewerbsbedingungen, die auch die Interessen der Entwicklungsländer berücksichtigen müssen.

Landwirtschaft und ländliche Regionen in Europa sollen von den neuen Möglichkeiten der Produktion von Bioenergie und nachwachsenden Rohstoffen profitieren können

und damit gleichzeitig zu Umweltschutz und Energiesicherheit beitragen.

Auch im nächsten Jahrzehnt wollen wir den Weg der Marktorientierung weitergehen und gleichzeitig dafür sorgen, dass die vielfältigen Leistungen der Landwirtschaft für die Gesellschaft weiter abgegolten werden und unsere Bauern einen Ausgleich für die höheren Produktionsstandards erhalten. Auf das wichtige und unverzichtbare Instrument der Direktzahlungen, auf das insbesondere benachteiligte Regionen angewiesen sind, kann nicht verzichtet werden.

Wir werden mit dem in Brüssel für Deutschland erwirkten Milchfonds die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Milcherzeuger durch Investitionshilfen verbessern. Damit bereiten wir uns auf eine Situation vor, die eintreten könnte, sofern die europäische Milchquotenregelung im Jahr 2015 auslaufen sollte. In strukturell benachteiligten Gebieten, in Grünland- und Mittelgebirgsregionen werden wir mit speziellen Programmen und Grünlandprämien der Landwirtschaft und der Milchproduktion eine zukunftsfähige Entwicklung ermöglichen und ihre Chancen erhalten.

1.5 Europäische Verkehrspolitik voranbringen

Die CDU setzt sich für eine weitere Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen und eine weitere Öffnung der Verkehrsmärkte in Europa ein. Wachstum in Europa verlangt neue Handelswege und die bessere Vernetzung mit den neuen Metropolregionen Mittel- und Osteuropas. Mit einem Verkehrsnetz von gestern sind die Verkehrsströme von morgen nicht zu bewältigen. Damit das Transitland Deutschland der durch die EU-Osterweiterung bedingten rasanten Verkehrsentwicklung Stand halten kann, dringt

die CDU darauf, die Revision der transeuropäischen Netze (TEN) so zu gestalten, dass diese Anforderungen erfüllt werden, und auf dieser Grundlage die erforderlichen leistungsfähigen Verkehrswege zügig auszubauen. Deutschland bietet ideale Voraussetzungen für den Aufbau logistischer Netzwerke und damit verbundener Dienstleistungen. Diesen Vorteil wollen wir als „Job-Motor“ nutzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten in diesem mittelständisch geprägten Wirtschaftsbereich erschließen.

Auch wollen wir die Zersplitterung der Zuständigkeiten für Flugsicherungsdienste entlang der europäischen Grenzen überwinden. Die Neustrukturierung des europäischen Luftraums könnte jährlich bis zu 3 Mio. t CO₂ und 3 Mrd. Euro Kosten einsparen, indem unnötige Streckenverlängerungen und Warteschleifen in der Luft vermieden werden.

II. Für eine starke Stimme Europas in der Welt

2.1 Die Soziale Marktwirtschaft global verankern

Die Wirtschafts- und Wertegemeinschaft der Europäischen Union ist ein erfolgreiches Modell. Es wahrt die nationalen Identitäten. Gleichzeitig gewährleistet der Binnenmarkt Marktöffnung und Wettbewerb und berücksichtigt rechtliche, soziale und ökologische Standards zum Nutzen aller. Die EU steht für wirtschaftliche und soziale Sicherheit in Zeiten der Globalisierung.

Mit ihrer Erweiterung von 15 auf 27 Staaten wurde die Europäische Union politisch und wirtschaftlich endgültig zu einem „Global Player“. Europa ist ein starker Akteur bei der Gestaltung der künftigen Weltordnung. Wir wollen einen gerechten Ordnungsrahmen

für die globalisierte Wirtschaft durchsetzen und die EU für die Wahrnehmung dieser wichtigen Zukunftsaufgabe weiter stärken.

Wir setzen uns im Rahmen der EU dafür ein, die Handlungsfähigkeit, Transparenz und Effizienz der internationalen Organisationen wie dem Internationalen Währungsfond, der Weltbank und der Welthandelsorganisation zu verbessern. Sie sind geeignet, die Gestaltung einer freien und menschlichen Weltordnung voranzubringen.

Freier Handel sowie internationaler Wettbewerb sind die entscheidenden Voraussetzungen für globales Wirtschaftswachstum. Durch vergleichbare und faire internationale Wettbewerbsbedingungen schaffen wir Sicherheit für die Menschen. Deutschland wird sich weiterhin für ein Europa einsetzen, das bei der internationalen Durchsetzung der Spielregeln der Sozialen Marktwirtschaft eine Vorreiterrolle übernimmt.

Die CDU will gemeinsam mit der EU mehr Sicherheit für die Menschen. Sicherheit lässt sich in vielen Fällen nur auf globaler Ebene erreichen. Das gilt für die Außen- und Sicherheitspolitik, für Bereiche der Inneren Sicherheit und Rechtspolitik ebenso wie für die Energie- und Umweltpolitik. Sicherheit für die Bürger erlangen wir insbesondere, wenn die EU die bestehenden Institutionen der Völkergemeinschaft für die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte und unabdingbarer ökologischer und sozialer Mindeststandards nutzt. Ausbeuterische Kinderarbeit und die Ausbeutung von Arbeitnehmern dürfen nicht toleriert werden. Um auch international die Bildung von Monopolen und Kartellen zu verhindern, ist eine international abgestimmte Wettbewerbsordnung notwendig. Unverzichtbar ist auch die

Durchsetzung weltweiter Standards zum Schutz des geistigen Eigentums. Treten die Europäer offensiv und erfolgreich für diese Ziele ein, erreichen wir mehr Sicherheit für die Menschen.

2.2 Mit Europa die internationale Finanzkrise bewältigen

Deutschland profitiert als Exportweltmeister besonders von der Globalisierung. Wir erleben mit der internationalen Finanzkrise aber auch, wo die Risiken der Globalisierung liegen und dass wir institutionell und regulatorisch auf diese Risiken weltweit nicht ausreichend vorbereitet sind. Die Tatsache, dass räumliche Entfernungen in dieser Welt eine immer kleinere Rolle spielen, verlangt koordiniertes Handeln. Deswegen setzt sich Deutschland gemeinsam mit der EU für eine neue weltweite Ordnung der Finanzmärkte ein.

Deutschland hat beim Gipfel der führenden Weltwirtschaftsnationen in Heiligendamm frühzeitig mehr Transparenz und verantwortungsvolle Regulierungen für die Finanzmärkte gefordert. Auch die Vorschläge des Weltfinanzgipfels der G20 im November 2008 zur Stabilisierung der Finanzmärkte gehen maßgeblich auf unsere Vorschläge zurück. Schon in der Vorbereitung des Anfang April 2009 in London stattfindenden nächsten Weltfinanzgipfels wirkte Bundeskanzlerin Angela Merkel darauf hin, dass konkrete Maßnahmen zur Lösung der Probleme in den Finanzmärkten beschlossen werden.

Zum Schutz der Bürger vor unkontrollierten Auswirkungen fordert die CDU Reformen der internationalen Finanzmärkte:

1. Verbesserung der Transparenz und Rechenschaftspflicht

Künftig müssen die Anbieter von Finanzdienstleistungen zur umfassenden Infor-

mation über ihre hochkomplexen Finanzprodukte verpflichtet werden. Bei der internationalen Rechnungslegung muss der für den sorgfältigen Kaufmann zu beachtende Grundsatz der Vorsicht stärker berücksichtigt werden.

2. Verbesserung der Regulierung

Wir wollen ein Regelwerk zur Beaufsichtigung von Ratingagenturen schaffen sowie die Hedgefonds einer Aufsicht oder Regulierung unterstellen. Finanzinnovationen ohne direkten Bezug zur Realwirtschaft müssen zukünftig strenger reguliert werden.

3. Stärkung der Integrität der Finanzmärkte

Der Schutz von Anlegern und Investoren muss verbessert, Interessenkonflikte müssen vermieden werden. Darüber hinaus müssen künftig Marktmanipulation und Betrug wirksamer unterbunden werden. Die Vergütungs- und Bonussysteme von Managern müssen langfristiges und nachhaltiges Wirtschaften belohnen, nicht kurzfristiges Profitstreben.

4. Stärkung der internationalen Zusammenarbeit

Die europäischen Aufsichtsinstitutionen müssen verstärkt zusammenarbeiten und die nationalen Aufsichtspraktiken angleichen. Langfristig fordern wir den Aufbau einer europäischen Bankenaufsicht unter maßgeblicher Beteiligung der Europäischen Zentralbank. Dies gilt auch mit Blick auf Mechanismen der internationalen Finanzmarktaufsicht. Zudem müssen die großen Ungleichgewichte in den Handels- und Leistungsbilanzen zwischen den führenden Handelsblöcken abgebaut werden. Wir sprechen uns in diesem Zusammenhang gegen einseitige staatliche Manipulationen von Wechselkursen aus.

5. Reform der internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat durch den Heiligendamm-Prozess eine feste Zusammenarbeit der Gruppe der G8-Staaten mit Schwellenländern begründet. Dieser Prozess muss weitergeführt werden und weitere Akteure aufnehmen, um gemeinsam Lösungen für weltwirtschaftliche Probleme zu finden. Langfristig wollen wir, dass ein Wirtschaftsrat bei den Vereinten Nationen angesiedelt wird. Er soll eine Charta für nachhaltiges Wirtschaften durchsetzen. Nur wenn sich die Weltgemeinschaft auf gemeinsame Standards einigt und diese durchsetzt, werden wir künftig schwere, weltweite Finanz- und Wirtschaftskrisen vermeiden können.

Unter diesen Rahmenbedingungen müssen Unternehmen die Chancen des Marktes nutzen können. Staatsgläubigkeit und sozialistische Modelle haben stets Armut und Unfreiheit zur Folge gehabt.

2.3 Europäische Klima- und Energiepolitik stärken

Europa nimmt beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle ein. Das EU-Klimaschutzprogramm ist maßgeblich von der CDU und Bundeskanzlerin Angela Merkel gestaltet worden. Die Europäische Union hat sich bereits ehrgeizige Ziele bei der Reduzierung des Treibhausgasausstoßes sowie der Steigerung der Energieeffizienz gesetzt: Reduktion der klimaschädlichen Emissionen bis 2020 um 20 Prozent, Erhöhung der Energieeffizienz um 20 Prozent und Ausbau des Anteils alternativer Energien ebenfalls auf 20 Prozent. Klimaschutz kann nachhaltig nur international gelingen. Deswegen wollen wir, dass die Europäische Union ihre Ziele erfolgreich umsetzt und damit ihre internationale Rolle beim Klimaschutz bekräftigt.

Das eingeführte multinationale marktwirtschaftliche Emissionshandelssystem stellt eine gute Balance zwischen Ökonomie und Ökologie dar, die wir erhalten wollen. Es führt dort zu Einsparungen von CO₂, wo es am ökonomischsten ist. Potenziale hierfür finden sich in allen Sektoren. Das europäische Emissionshandelssystem sollte schnellstmöglich für Staaten und Handelssysteme außerhalb der Europäischen Union geöffnet und eine Vernetzung mit den in verschiedenen Teilen der Welt bereits existierenden bzw. geplanten Emissionshandelssystemen erreicht werden. Damit das Emissionshandelssystem seine volle Wirkung entfalten kann, wollen wir es zu einem globalen System weiterentwickeln.

Die Europäische Union ist einer der weltweit wichtigsten Anbieter von Energietechnologien. Wir werden in Europa zukünftig Energie immer effizienter nutzen, erneuerbare Energien verstärkt einsetzen und Arbeitsplätze in Bereich von Energieforschung und -technologie erhalten und schaffen können.

Auf absehbare Zeit ist die EU auf die Nutzung fossiler Energieträger und der Kernkraft angewiesen, wenn sie Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum beibehalten will. Fossile Energieträger werden auch in Zukunft in großem Umfang in die Europäische Union importiert werden müssen. Ein großer Teil der Öl- und Gasimporte kommt aus instabilen Regionen. Die Versorgungssicherheit ist eine Aufgabe, welche die Einflussmöglichkeiten einzelner Staaten übersteigt und nur gemeinsam durch die EU gelöst werden kann.

Die CDU wird sich deshalb für eine europäische Energiestrategie einsetzen, die den Einfluss der EU auf den globalen Energiemärkten erhöht. Dazu gehört die Erschließung weite-

rer Bezugsquellen (Diversifikation), die sowohl neue Pipelineprojekte als auch andere technische Transportalternativen in Betracht zieht. Wir wollen eine schlagkräftige Energieaußenpolitik mit der zügigen Vollendung des Energiebinnenmarktes verbinden: Dazu zählen ein verbesserter Netzzugang, größere grenzüberschreitende Netzkapazitäten und mehr Transparenz beim Energiegroßhandel. Damit wollen wir alle noch bestehenden Hemmnisse für den Strom- und Gaswettbewerb beseitigen. Ebenso fordern wir eine konsequente Anwendung von Wettbewerbsrecht und Vertragsverletzungsverfahren.

2.4 Eine gemeinsame Außenpolitik für Europa gestalten

Nur durch ein einiges Europa können auch wir unsere Interessen in der Welt durchsetzen. Deshalb wollen wir eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Sie ist im Interesse unseres Landes und muss auf einer gemeinsamen Sicherheitsstrategie basieren. Diese muss auch die Energie- und Rohstoffsicherheit umfassen sowie Anstöße für eine Welt mit immer weniger Waffen geben. Die Europäische Union muss den Prozess der Globalisierung entsprechend ihrer Interessen und ihrer Werte sowie auf Grundlage ihrer Leistungskraft mitgestalten. Dafür ist es notwendig, dass der Reformvertrag von Lissabon in Kraft tritt. Er schafft die politischen und institutionellen Voraussetzungen, damit die Europäische Union mit einer Stimme sprechen kann und handlungsfähig ist. Dafür brauchen wir einen europäischen „Außenminister“. Diese Rolle wird zukünftig der Hohe Beauftragte für die gemeinsame Außenpolitik wahrnehmen.

Ein geeintes Europa kann bei der Lösung globaler Probleme am besten unsere Interessen in einer gleichberechtigten Partnerschaft

mit den Partnern USA und Kanada wahrnehmen, mit denen uns gemeinsame Werte, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verbinden. Wir wollen im Rahmen der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft Handelshemmnisse abbauen und langfristig einen transatlantischen Markt schaffen.

Viele große internationale Herausforderungen sind ohne ein verlässliches Russland nur schwerlich zu meistern. Daher tritt die CDU dafür ein, dass Deutschland, die EU, die NATO und der Westen insgesamt eine umfassende, auf den Werten des Europarates und der OSZE basierende Partnerschaft mit Russland anstreben.

Wir wollen die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Europäischen Union ausbauen. Wir bekennen uns zu einer europäischen Verteidigung einschließlich einer politischen und militärischen Beistandsverpflichtung ergänzend zur NATO. Die Europäische Union muss daher über Möglichkeiten eigenen militärischen Handelns verfügen können. Mit der Bundeswehr trägt Deutschland entscheidend zur Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei. Wir setzen uns weiterhin für gemeinsame europäische Streitkräfte als Fernziel ein.

III. Für ein Europa mit soliden Finanzen

3.1 Die Stabilität des Euro wahren

Vor zehn Jahren hat ein großer Teil der Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine gemeinsame Währung, den Euro, eingeführt. Damit wurde ein Traum der Gründerväter Europas wahr. Es ist insbesondere ein Verdienst von Helmut Kohl und Theo Waigel, dass der Euro als stabile und sichere Währung zu einem wichtigen Baustein des europäischen Hauses geworden ist. Heute

wird in 16 Staaten der EU mit dem Euro gezahlt. Er entfaltet eine große Anziehungskraft über den Euro-Raum hinaus.

Nur eine stabile Währung schafft Vertrauen und sichert den Wohlstand aller Bürger. Der Euro hat sich als Bollwerk erwiesen, das die negativen Entwicklungen der Finanzmarktkrise abgeschwächt hat. In einem Europa mit vielen einzelnen Währungen hätten Währungsspekulationen diese Krise zusätzlich verschärft. Für die CDU gibt es zwei entscheidende Garantien für die Stabilität des Euro und damit für eine nachhaltige, wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik im Euro-Raum: zum einen die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und ihre klare Ausrichtung auf Stabilität, zum anderen die Maastrichter Stabilitätskriterien und der Stabilitäts- und Wachstumspakt als Pfeiler der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Mit Blick auf die Erweiterung der Euro-Währungszone bleibt die dauerhafte Einhaltung der Konvergenzkriterien für die CDU eine wesentliche Voraussetzung.

Deutschland trägt als größte Volkswirtschaft in der EU eine besondere Verantwortung für einen stabilen Euro, stabile Finanzmärkte und für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa. Daher muss es die Regeln zur Wirtschafts- und Währungsunion einhalten. Eine nachhaltige Haushaltspolitik ist die Voraussetzung für ein stabiles Wirtschaftswachstum und für notwendige Investitionen in Bildung und zukunftssträchtige Technologien und schafft Spielräume für flexibles Handeln in Krisenzeiten.

3.2 Eine gerechte Finanzierung der Europäischen Union gewährleisten

Wir wollen den Einsatz der Finanzmittel der Europäischen Union gezielter, effizienter und zukunftsorientierter gestalten. Das Fi-

nanzierungssystem muss grundlegend und entsprechend der Wirtschaftskraft der einzelnen Mitgliedstaaten reformiert werden, ohne dass die Europäische Union eigene Kompetenzen zur Steuererhebung oder zur öffentlichen Kreditaufnahme erhält.

Wir treten für eine wirksame Bekämpfung von missbräuchlicher Verwendung von EU-Mitteln und für die konsequente Ahndung von Korruption ein. Zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union müssen die Kontrollbefugnisse des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission sowie das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) und der Europäische Rechnungshof gestärkt werden.

IV. Für ein freies und sicheres Europa

Die CDU tritt für ein Leben mit einem hohen Maß an persönlicher Freiheit und Lebensqualität in einem sicheren Europa ein. Auf der Grundlage unseres Menschenbildes werden wir weiterhin für eine offene Gesellschaft sowie ihre freiheitliche Grundordnung in Deutschland und in ganz Europa eintreten. Im Dienst für Europas Frieden und sprichwörtlich grenzenlose Freiheit haben wir in den vergangenen 50 Jahren schon viel erreicht.

Dieses Leitbild bleibt Maßstab und Verpflichtung für eine europäische Innenpolitik, die sich den Bedrohungen von Freiheit und Recht durch Terrorismus, organisierte Kriminalität und Extremismus entschieden entgegenstellt und zugleich für Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und die Universalität der Menschenrechte eintritt.

Dazu müssen wir uns auf viele, in ihren Ursachen und Wirkungen unterschiedliche Gefah-

renquellen einstellen. Die unkontrollierte und illegale Migration ist zumeist Folge von ethnischen Konflikten und zerfallenden Staaten. Dies erfordert von Europa spezifische Gegenmaßnahmen zur Prävention und Bekämpfung, und zwar in Europa selbst und darüber hinaus.

4.1 Innere Sicherheit gewährleisten

Die europäische Einigung bringt uns mehr Freiheit. Sie darf aber nicht zu einem Verlust an Sicherheit führen. Wir leben in einem Europa zunehmend offener Grenzen, einer stark gestiegenen Mobilität von Personen sowie einer weiter steigenden globalen Kommunikation und Vernetzung.

Daher muss die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich gestärkt werden. Gerade weil es diese Zusammenarbeit an den EU-Außengrenzen mit gemeinsamen Standards und Kontrollen sowie der Koordinierung durch die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX gibt, wird die Freizügigkeit innerhalb der EU ermöglicht. Auch die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit mit gemeinsamen Polizeizentren, europaweit abrufbaren Fahndungsausschreibungen und dem Abgleich von Ermittlungsdaten leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Wir setzen uns dafür ein, dass Informationsaustausch und ein einheitlich hohes Niveau des Datenschutzes in Europa Hand in Hand gehen.

Das Internet bietet allen Bürgern der EU große Chancen und hat ganz neue Freiräume geschaffen, die leider auch von Kriminellen missbraucht werden. Die Europäische Union kann in vielen Fällen besser als einzelne Staaten den Missbrauch des Internets bekämpfen und zur Eindämmung illegaler Internetinhalte, beispielsweise der Verbreitung von Kinderpornografie über das Netz, beitragen.

4.2 Integration fördern – Zuwanderung steuern

Der Kampf gegen illegale Migration kann nur als Teil eines europäischen Gesamtansatzes zur Steuerung und Begrenzung von Migration Erfolg haben. Daher wurde im Jahr 2008 der „Europäische Pakt zu Migration und Asyl“ beschlossen, den wir mit Leben füllen müssen. Durch Partnerschaften mit den Herkunfts- und Transitländern wollen wir die Fluchtursachen vor Ort bekämpfen. Eine geregelte Zuwanderung ist sowohl für die Herkunfts- als auch die europäischen Zielländer eine Chance für eine bessere wirtschaftliche, gesellschaftliche und demografische Entwicklung. Die enge Verknüpfung von Migration und Integration ist dabei zwingend notwendig. Klar ist aber auch, dass Menschen, die sich nicht rechtmäßig bei uns aufhalten, grundsätzlich in ihre Herkunftsländer zurückkehren müssen.

Die weltweiten Migrationsbewegungen schließen häufig auch hochqualifizierte Arbeitskräfte ein, die noch immer eher in den USA als auf europäischen Arbeitsmärkten Aufnahme finden. Mit der sogenannten „Blue Card“ haben wir einen ersten Schritt gemacht, um die EU für besonders gut qualifizierte Menschen attraktiver zu machen, damit sie in Bereichen arbeiten können, in denen die europäische Wirtschaft und Forschung sie benötigen. Dabei muss die Verantwortung für Entscheidungen, die den nationalen Arbeitsmarkt betreffen, auch weiterhin bei den einzelnen Mitgliedstaaten bleiben.

4.3 Innere und Äußere Sicherheit verzahnen

Mit internationalen Polizeieinsätzen leisten die EU und ihre Mitgliedstaaten Wesentliches zur Befriedung von Krisenregionen.

Wie die Erfahrungen beim Polizeiaufbau in Afghanistan verdeutlichen, bedarf es hierfür allerdings verbesserter Fähigkeiten.

Ein weiterer Beleg dafür, dass Innere und Äußere Sicherheit eng miteinander verbunden sind, ist die Europäische Nachbarschaftspolitik mit allen Ländern, mit denen die EU eine gemeinsame Grenze teilt. Es liegt sowohl im Interesse der Europäer als auch ihrer Nachbarn, wenn sich insbesondere die Standards an den Grenzen, in der Polizeizusammenarbeit, der Drogenbekämpfung sowie der Visum- und Migrationspolitik möglichst weit annähern. Wir wollen darüber hinaus, dass die EU auf globaler Ebene bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus auf einen völkerrechtlichen Rahmen hinarbeitet, der ausreichend Gewähr für ein wirksames und rechtlich eindeutiges Vorgehen bietet.

4.4 Den europäischen Rechtsraum gestalten

Die Europäische Union ist eine Rechtsgemeinschaft. Eine Angleichung der Rechtsordnungen im Zivilrecht ist Voraussetzung für einen funktionierenden, starken Binnenmarkt. Dabei müssen die Grundprinzipien der nationalen Rechtsordnungen gewahrt und rechtliche Standards der Mitgliedstaaten respektiert werden. Deshalb begrüßen wir einen europäischen Referenzrahmen für das Zivilrecht. Allerdings darf eine europäische Antidiskriminierungspolitik nicht zur Aushöhlung der Vertragsfreiheit als Grundlage unserer Zivilrechtsordnung und zu mehr Bürokratie führen. Ebenso lehnen wir eine Erweiterung der Rechtsmittel um Elemente nach angloamerikanischem Vorbild, wie z. B. Sammelklagen oder die Ausweitung des Schadenersatzes, ab. Sie sind nicht vereinbar mit unserer Rechtsordnung. Eine

verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Strafverfolgung stärkt die Sicherheit im europäischen Rechtsraum. Dabei werden wir sicherstellen, dass die Garantien des Grundgesetzes gewahrt bleiben.

V. Für ein gefestigtes Europa

5.1 Die Politische Union gestalten

Die CDU steht für eine Europäische Union als eine Politische Union der Bürger und der Mitgliedstaaten. Sie baut auf gemeinsamen Werten und dem europäischen Menschenbild auf, das maßgeblich durch Christentum, Judentum, Antike und Aufklärung geprägt ist. Die Charta der Grundrechte ist ein Ausdruck dieser Werte. Wir werden uns für den Abschluss des Ratifizierungsprozesses und die Umsetzung des EU-Reformvertrags von Lissabon einsetzen. An dem langfristigen Ziel, eine Verfassung für die Europäische Union zu schaffen, halten wir fest. Wir setzen uns dafür ein, dass in die Präambel einer solchen Verfassung ein Gottesbezug aufgenommen wird.

Der Vertrag von Lissabon stärkt die Demokratie in der Europäischen Union und das Europäische Parlament. Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union wirken nach dem Vertrag von Lissabon nahezu gleichberechtigt an jeder europäischen Gesetzgebung im Sinne eines Zweikammersystems mit. Die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten müssen auch in Zukunft die Übertragung von Hoheitsbefugnissen der Mitgliedstaaten auf die Europäische Union legitimieren und jeder EU-Erweiterung zustimmen. Der neue Vertrag stärkt sie politisch und rechtlich und verhindert damit europäischen Zentralismus.

Wir werden unsere Interessen nur dann wirkungsvoll vertreten und durchsetzen sowie Kompromisse auf europäischer Ebene erreichen können, wenn sich Deutschland weiterhin als Mittler zwischen den kleinen und größeren Mitgliedstaaten engagiert.

Die deutschen Heimatvertriebenen und die deutschen Volksgruppen in Mittel- und Osteuropa haben eine wichtige Brückenfunktion bei der Zusammenarbeit mit Deutschlands östlichen Nachbarstaaten. Die in der Europäischen Union geltende Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit ist ein Schritt hin zur Verwirklichung des Rechts auf die Heimat auch der deutschen Vertriebenen – in einem Europa, in dem die Völker und Volksgruppen einträchtig und ohne rechtliche Diskriminierungen auch aus der Vergangenheit zusammenleben können. Das Recht auf die Heimat gilt. Vertreibungen jeder Art müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden.

5.2 Eine Konsolidierungsphase im EU-Erweiterungsprozess einleiten

Die bisherigen Erweiterungsrounds der Europäischen Union haben die Zone der Stabilität ausgeweitet und Deutschland politischen und wirtschaftlichen Nutzen gebracht. Für viele Menschen, auch auf dem westlichen Balkan und in Osteuropa, ist die Europäische Union zum Leitbild einer offenen Gesellschaft, eines friedlichen Miteinanders der Völker und damit zum Hoffnungsträger für ihre politische und wirtschaftliche Zukunft geworden. Die Europäische Union muss ihrer Verantwortung gegenüber den Völkern in diesen europäischen Regionen gerecht werden. Die europäische Perspektive ist wichtig für den Reformprozess in diesen Ländern.

Allerdings hat die Erweiterung der EU von 15 auf 27 Mitgliedstaaten innerhalb weni-

ger Jahre großer Anstrengungen bedurft. Daher tritt die CDU für eine Phase der Konsolidierung ein, in der die Festigung der Identität und der Institutionen der Europäischen Union Vorrang vor weiteren EU-Beitritten haben. Eine Ausnahme von dieser Regel kann es nur für Kroatien geben.

Die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union kann nicht in jedem Fall die einzige Antwort auf den Wunsch nach einer europäischen Perspektive sein. Für den Beitritt zur Europäischen Union ist die Erfüllung des Kriteriums der Aufnahmebereitschaft der Europäischen Union ebenso wichtig wie die vollständige Erfüllung aller politischen und wirtschaftlichen Kriterien durch die Bewerberländer, zu denen insbesondere die Meinungsfreiheit, die Gleichheit von Frau und Mann, der Minderheitenschutz oder die Religionsfreiheit zählen. Wir halten daher eine privilegierte Partnerschaft der Europäischen Union mit der Türkei für die richtige Lösung.

Der europäische Erweiterungsprozess muss zur Stärkung der europäischen Identität beitragen. Nur europäische Staaten dürfen einen Beitrittsantrag an die Europäische Union stellen. Dennoch sind für die Sicherheit und den Wohlstand der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten die Stabilität und der Wohlstand der nicht europäischen Staaten in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas von zentraler Bedeutung. Wir treten daher für maßgeschneiderte Nachbarschaftsabkommen der Europäischen Union ein.

Für die europäischen Nachbarn der Europäischen Union, die nicht oder noch nicht Vollmitglieder werden können, brauchen wir eigene Formen politischer und wirtschaftli-

cher Zusammenarbeit, wie z. B. die „Union für das Mittelmeer“ oder die „östliche Partnerschaft“. Diese müssen mit Leben gefüllt werden und im Rahmen des gemeinsamen Ansatzes den jeweiligen Besonderheiten der Partnerländer Rechnung tragen.

Wir stellen uns der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel. Wir treten für das Existenzrecht Israels als jüdischer Staat in sicheren Grenzen ein. Deutschland und Europa müssen dazu beitragen, die Krisen des Nahen und Mittleren Ostens in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Ländern der Region zu bewältigen und den Nahost-Konflikt zu lösen. Dazu gehört ein existenzfähiger palästinensischer Staat.

5.3 Das Subsidiaritätsprinzip verwirklichen

Die Europäische Union muss sich gemäß dem Subsidiaritätsprinzip auf jene Aufgaben konzentrieren, die die europäische Ebene besser als die Nationalstaaten mit ihren Regionen und Kommunen erfüllen kann. Daher ist es notwendig, dass die bereits vereinbarten institutionellen Reformen des EU-Vertrags von Lissabon bald umgesetzt werden können. Wir wollen die Aufgabenverteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten mit ihren Regionen und Kommunen bei künftigen EU-Vertragsänderungen gemäß dem Subsidiaritätsprinzip überprüfen. Dabei wollen wir darüber sprechen, ob bestimmte Aufgaben von der europäischen Ebene wieder auf die Nationalstaaten zurückverlagert werden können, wenn sie dort besser erfüllt werden.

Die europäischen Regionen und ihre kommunalen Ebenen tragen wesentlich zur Vielfalt Europas bei, mit der sich die Menschen identifizieren können. Die geltenden eu-

ropäischen Verträge und auch das EU-Vertragswerk von Lissabon räumen den Kommunen das Recht ein, ihre Angelegenheiten der Daseinsvorsorge selbst zu bestimmen. Den Kommunen wird hierbei ein weiter Handlungsrahmen zugestanden, der dringend notwendig ist, um angesichts des demografischen Wandels ein hohes Niveau kommunaler Leistungen zu sichern. Hierzu gehören etwa die Krankenhäuser, der öffentliche Personennahverkehr und die Versorgung mit Finanzdienstleistungen.

Richtungsentscheidung Europawahl

Die CDU ist die deutsche Europa-Partei. Gemeinsam mit unseren Partnern in der Europäischen Volkspartei (EVP), dem Zusammenschluss der christlich-demokratischen und bürgerlichen Parteien der Mitte, setzen wir uns für ein starkes und bürgernahes Europa ein. Die CDU hat mit ihren europäischen Schwesterparteien von Beginn an entscheidend zur europäischen Integration und zum Aufbau eines vereinten Europas in Frieden und Freiheit beigetragen. Gleichzeitig sorgt die CDU dafür, dass die deutschen Interessen in der EU gewahrt werden und Deutschland Ansehen und Vertrauen in Europa genießt. Um diese Politik erfolgreich fortsetzen zu können, will die Union mit der EVP auch künftig die stärkste Gruppe im Europäischen Parlament stellen.

Bei der Zusammensetzung der nächsten Europäischen Kommission muss das Ergebnis der Europawahlen sichtbar werden. Das ist Kern des Demokratieprinzips. Nach einem Sieg der CDU und CSU bei der Europawahl in Deutschland muss der künftige deutsche Kommissar von der CDU gestellt werden. Nach einem Sieg der Europäischen Volks-

partei (EVP) und ihrer Partner soll José Manuel Barroso seine erfolgreiche Arbeit als Kommissionspräsident fortsetzen können.

Die demokratisch verfasste Europäische Union muss transparent, unbürokratisch und bürgernah gestaltet werden. Dazu gehört auch, dass die deutsche Sprache, die die größte Bevölkerungsgruppe in der Europäischen Union spricht, durch deren Institutionen angemessen berücksichtigt und stärker verwendet wird. Damit verfolgen wir das Ziel, es den deutschsprachigen Bürgerinnen und Bürgern zu erleichtern, sich aktiv am europapolitischen Geschehen zu beteiligen.

Ein Europa der Bürger wird da besonders erfahrbar, wo die Menschen leben. Die Regionen und Kommunen tragen durch ihre europäischen Kontakte, durch das freundschaftliche Miteinander von Vereinen und Verbänden und ihre Kooperation mit Partnern in ganz Europa wesentlich zum Zusammenwachsen Europas bei. Wir wollen, dass dieses lebendige Europa auf regionaler und kommunaler Ebene gestärkt wird, damit die Menschen sich immer besser mit Europa identifizieren können.

Wir wollen Europa in den Köpfen und Herzen neu verankern, da viele Europäer heute Frieden, Freiheit und Sicherheit für selbstverständlich halten. Wir wissen, die Europäische Union ist die Antwort auf viele Herausforderungen unserer Zeit. Deshalb bekennen wir uns zur europäischen Integration und kämpfen um die Zustimmung der Bürger. Die EU

muss bei ihnen neue Überzeugungskraft gewinnen. Insbesondere wollen wir junge Menschen für die Europäische Idee begeistern.

Am 7. Juni 2009 entscheiden die Bürger der Europäischen Union mit der Europawahl über die künftige Richtung in Europa. Wir, die CDU Deutschlands, stehen für kluge nationale und europäische Interessenwahrnehmung und Professionalität in europäischen Fragen. Bundeskanzlerin Angela Merkel ist Deutschlands starke Stimme in Europa. Sie benötigt starke Partner im Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission für eine gute Politik für Deutschland und Europa. Dazu braucht es eine starke CDU und CSU, die auch in Zukunft gemeinsam in der EVP für die Durchsetzung dieser Ziele im Europäischen Parlament arbeiten können. Das Europäische Parlament ist zu einer entscheidenden Institution gewachsen. Die richtige Wahlentscheidung für Deutschland und seine Bürger bei der Wahl zum Europäischen Parlament ist deshalb umso wichtiger.

Die Europawahl entscheidet über die Zukunft von rund 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern. Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland auf, am 7. Juni 2009 ihre Stimme der CDU zu geben: für ein Europa mit größerem internationalen Gewicht, für eine stabile Währung, für zukunftsorientiertes Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze in Deutschland und Europa sowie für eine sichere und gefestigte Union in Europa.